



Wache Aufmerksamkeit und konkrete Stellungnahme – Die Kammern und die Politik

Sanitätsrat Dr. Michael Rumpf

Präsident der Landeszahnärztekammer Rheinland-Pfalz



Infos zum Autor

Der Tag, an dem ich diese Zeilen schreibe, ist jener, an dem die Spitzen der CDU/CSU und der SPD sich im Finanzministerium treffen, um über die Pläne der kommenden schwarz-roten Koalition zu beraten. Wie sind sie zu finanzieren und lässt sich das Versprechen der Christdemokraten aufrechterhalten, die Steuer nicht zu erhöhen? Für uns Zahnärzte, wie für alle Mittelständler, die in der Wirtschaft tätig sind, ist dies ein bedeutsames Treffen. Denn werden die Steuern erhöht, wird der Spielraum für Investitionen in die eigene Praxis, in den Betrieb, enger. Unterlässt der Fiskus eine Aufstockung, haben wir – wirtschaftlich gesehen – Luft zum Atmen.

Tatsächlich: Es gibt kaum eine wesentliche Entscheidung in der Politik, die unseren Beruf letztlich nicht in irgendeiner Form betrifft. Deshalb ist es so wichtig, dass eine Kammer, auch eine Zahnärztekammer, das Gespräch mit der Politik führt und die eigenen Ziele darzustellen weiß.

Eine Kammer ist keine politische Einrichtung. Sie versteht sich letztlich auch nicht als Lobbyist, sondern, in des Wortes Bedeutung, als Interessenvertretung. Doch wer die Vertretung dieser Interessen seines Berufsstandes ernst nimmt, ist auf den Dialog mit den Parteien, mit den Politikern – und zwar mit den agierenden Persönlichkeiten aller Couleur – angewiesen. Wir brauchen diesen Austausch und ich behaupte, auch die Politik braucht unsere Sicht der Dinge. Ob sie unseren Wünschen und Zielen geneigt ist oder ihnen folgt, ist eine andere Frage. Aber ohne ein selbstbewusstes Darstellen der eigenen Situation, ohne eine Fürsprache für den Beruf und für den Patienten, geht gar nichts.

Wir haben ein Wahljahr hinter uns. Stets Anlass für besondere Kontakte, für umfangreiche Diskussionen, für intensive Vorbereitungen auf den Dialog in Klausurtagungen, Arbeitssitzungen, Gesprächskreisen.

Noch wissen wir nicht, wer Gesundheitsminister wird. Wir haben eine Ahnung und können wohl voraussagen, dass die Sozialdemokratie, wie es seither zumindest Sitte war bei ähnlichen Koalitionen, das Ressort für sich beanspruchen wird. Doch es ist nicht nur die Bundespolitik, die uns beschäftigt, wengleich sie im Zentrum unseres Augenmerks steht. Nicht zuletzt deshalb ist es so wichtig, dass die Kammern auch untereinander verzahnt sind, nach Berlin schauen und dort auf der Ebene der Bundeszahnärztekammer klug aufgestellt

und gut informiert nach außen reagieren und informieren. Wir schauen auch in unser Land hinein, weil zurzeit, das ist nicht unwichtig, mein Bundesland ein Pilotprojekt fördert: Die Einrichtung einer Pflegekammer, in der die Berufe, die sich um die Kranken, die Hilfsbedürftigen und die Alten der Gesellschaft pflegerisch versammeln, vereint werden sollen. Wir wissen, dass dieses Thema europaweit von Bedeutung ist und jedes Land in der EU schon allein des demografischen Faktors wegen mit dem Thema Pflege, insbesondere Altenpflege, beschäftigt ist. Kaum ein Land, das hier nicht Defizite erkennt und Handlungsebenen eröffnet.

Wenn ich sage, dass in Europa das Thema der Pflege von Bedeutung ist, so gilt ganz generell, dass wir auch hier, etwa in Brüssel, zum Dialog aufgerufen sind und manches Mal auch zum direkten Handeln. In diesen Tagen beispielsweise hat das EU-Parlament ein neues Medizinproduktegesetz erlassen. Anlass war sicherlich der Skandal um die fehlerhaften Brustimplantate eines französischen Herstellers. Noch will es die EU bei einer dezentralen Zulassung über die Nationen belassen, die dann das begehrte sogenannte „CE-Zeichen“ vergeben. Es werden Bestimmungen verschärft, Zulassungskriterien konkretisiert, zu Teilen erweitert. Der Bürger denkt an künstliche Hüften, an Herzschrittmacher. Wir denken nicht zuletzt auch an Implantate. Auch hier haben wir genau hingeschaut und uns mit den Ärzten zu diesem Thema auseinandergesetzt und sind letztlich der Meinung, das kann noch nicht genügen. Noch immer ist es viel leichter, in Europa an eine Zulassung für ein Medizinprodukt zu gelangen, als etwa an eine Erlaubnis zur Einführung eines Arzneimittels. Hier müssen wir mit den Ärzten vereint, um es salopp zu sagen, am Ball bleiben. Dieses Thema wird uns auch weiter begleiten.

Überall, ob Fortbildung, Bildung, universitär und im Beruf, ob Zahnheilkunde, neue Behandlungstechniken, Berufsausübung allgemein, werden die Rahmen von der Politik gesetzt. Im Bundesland, in der Bundesrepublik, in der EU. Es sind dies die Felder, die von uns wache Aufmerksamkeit und nicht selten eine konkrete Stellungnahme einfordern. Es ist die Aufgabe der Kammer, beides zu leisten.

Sanitätsrat Dr. Michael Rumpf

Präsident der Landeszahnärztekammer Rheinland-Pfalz